

tionären Tempo realisiert werden, könnte folgender sein: Der zukünftig zu erwartende technische Fortschritt scheint insgesamt gesehen den *Trend zur Höherqualifizierung* zu stützen und verstärkte Anforderungen an Vorerfahrungen und Lernbereitschaft zu stellen. So halten nach einer Erhebung des Battelle-Instituts rund 60% der befragten Firmen die jetzige Qualifikation ihrer Mitarbeiter für zu niedrig und erwarten rund zwei Drittel in Zukunft in den meisten Unternehmensbereichen steigende Qualifikationsanforderungen durch die Mikroelektronik, und zwar vor allem in Forschung/Entwicklung, Wartung und Kundendienst/Service. Die neuen Technologien erfordern insbesondere generell mehr abstrakte, theoretische, systematische und planerische Denkleistung, als die heute erwerbstätige Bevölkerung im Durchschnitt aufzubringen gewohnt ist. In der Bundesrepublik dürfte daher nach Ansicht maßgeblicher Fachleute bei den jetzigen Qualifikationsprofilen der Bevölkerung und dem derzeitigen Qualifizierungssystem der allgemeine Durchbruch der Mikroelektronik langsamer vor sich gehen als bisher erhofft oder befürchtet. Es kann mindestens eine Generation dauern, bis der Umstellungsprozeß von den mehr hardware-orientierten zu den soft-ware-orientierten Ausbildungs- und Arbeitsinhalten abgeschlossen ist und bis auch ein Großteil der Bevölkerung mit informationstechnologischen Gütern umgehen kann. Auch Wirtschaftsstrukturen und Produktionsanlagen lassen sich nicht generell von heute auf morgen umstellen.

Im Hinblick auf die aktive, systematische oder gar antizipatorische Reaktion des Aus- und Fortbildungsbereiches auf die Anforderungen der Mikroelektronik ist nach einer Studie des Battelle-Instituts aber die Bundesrepublik im Vergleich zu den USA oder zu Japan eher ein Schlußlicht. Diesen Eindruck vermitteln auch andere Berichte, nach denen sich z. B. japanische Programme zum Ziel setzen sollen, bis 1985 eine informationsorientierte und bis 2000 eine vollständig informatisierte Gesellschaft zu schaffen, und seit 1972 jährlich eine allgemeine „Woche der Informatisierung“ veranstaltet wird. In den USA wird „Computerbildung“ mittlerweile nicht nur bereits an vielen

Schulen, sondern sogar schon im Rahmen von Ferienkursen auf Campingplätzen vermittelt. In der Bundesrepublik ist dagegen mit dem Aufkommen des Mikroprozessors die sehr arbeitsintensive und hohe Qualifikationsansprüche stellende Softwareherstellung bereits zu einem ausgesprochenen Engpaßbereich geworden. Viele an sich mögliche Problemlösungen können wegen dieses Qualifikationsmangels nicht realisiert werden.

Herausforderung an die Betriebe

Dennoch taucht gelegentlich der Vorschlag auf, aus Arbeitsmarktgründen die Einführung der auf der Mikroelektronik basierenden neuen Techniken und damit den sektoralen Produktivitätsfortschritt zu verlangsamten. Dies muß jedoch allen Wachstums- und Strukturwandelanforderungen widersprechen. Im Gegenteil: Je schneller der allgemeine Durchbruch erfolgt, je schneller dazu z. B. der gesamten Gesellschaft informationstechnologische Grundkenntnisse vermittelt und genügend qualifizierte Arbeitskräfte ausgebildet werden und dem Einzelnen durch Fortbildung und Umschulung und andere Hilfen ein Tätigkeitswechsel ermöglicht wird, um so eher können neue Märkte und damit neue Beschäftigungsfelder erschlossen sowie die internationale Wettbewerbsstellung gestärkt werden, die für ein so exportintensives Land wie die Bundesrepublik überlebenswichtig ist. Die japanische und amerikanische Herausforderung wird es nicht zulassen, die Einführung der neuen Techniken etwa nur über den Generationswechsel abzuwickeln, wenn zusätzliche Arbeitsplatzverluste vermieden werden sollen. Nicht vergessen sollte man aber, daß im Einzelfall erhebliche Gestaltungs- bzw. Flexibilitätsspielräume bei der Zuordnung von Technologien, Arbeitsplätzen und Qualifikationen bestehen. Es ist bis zu einem gewissen Grade von den arbeitsorganisatorischen Konzepten der Betriebe abhängig, inwieweit etwa Ab- und Höherqualifizierungen erfolgen und der Mensch an die Technologie oder die Technologie an den Menschen angepaßt wird.

Wolfgang Klauder

Kurzinformationen

Beträchtliches internationales Aufsehen erregte die Privataudienz, die Johannes Paul II. dem Palästinenserführer Jassir Arafat während dessen Aufenthalts in Rom am 15. September gewährte. Bereits im Vorfeld kam es zu heftigen Vorwürfen seitens israelischer Regierungsstellen, die vom Vatikan ebenso entschieden zurückgewiesen wurden. Schon seine Teilnahme als Gast am Kongreß der Interparlamentarischen Union (IPU) in Rom stieß bei einem Teil der italienischen Regierung auf Kritik, ebenfalls die Tatsache, daß der italienische Staatspräsident Sandro Pertini Arafat im Quirinal empfing. Besondere Kritik mußte sich der

ehemalige christlich-demokratische Präsident Giulio Andreotti gefallen lassen, der die Einladung Arafats zum Kongreß der IPU veranlaßte und der wohl auch am Zustandekommen der päpstlichen Audienz nicht unbeteiligt war. Offene Andeutung von Kritik gab es auch im kirchlichen Bereich und von Vertretern katholischer Organisationen in der Bundesrepublik. Während der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner, noch vor der Audienz zurückhaltend die Meinung vertrat, der Papst werde Arafat gegenüber eindringlich zum Frieden mahnen und deutlich jede Form des Terrorismus verurteilen,

schrrieb der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Prof. *Hans Maier*, in einem Brief an den Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, *Werner Nachmann*, auch er habe keine Zweifel, daß „Papst Johannes Paul II. die terroristischen Akte der PLO aufs schärfste verurteilt und daß der Papst durch sein Gespräch mit Arafat dem Frieden dienen will“. Dennoch falle es ihm schwer, „dem Empfang des PLO-Führers Arafat durch unseren Heiligen Vater mit Verständnis zu begegnen“. – Die Audienz selbst, die nur 20 Minuten dauerte und zu der Arafat in grüner Kampfuniform erschien, fand nicht wie üblich in den päpstlichen Gemächern des Vatikans, sondern vor der wöchentlichen Generalaudienz in einem der Nebenräume der großen Audienzhalle links von der Peterskirche statt. Nach dem vom Vatikan im Anschluß an die Audienz verbreiteten Communiqué äußerte Johannes Paul II. Arafat gegenüber sein „Wohlwollen für das palästinensische Volk“ und forderte eine dauerhafte Lösung des Konflikts im Mittleren Osten ohne jede Form von Gewalt. Nachdrücklich betonte der Papst laut Communiqué sowohl das Recht der Palästinenser auf eine eigene Heimat wie des Staates Israel auf seine Sicherheit. In der anschließenden Generalaudienz, in der er auch des am Vortag ermordeten designierten Staatspräsidenten des Libanon, *Beschir Dsche-mejjil* gedachte, rief der Papst ebenfalls zu Toleranz und Versöhnung im Nahen Osten auf. Der Vatikan werde jedes Bemühen unterstützen, das zum Dialog, zum Verhandeln und schließlich zur Beilegung des Konflikts beitragen könne.

Unter dem Titel „Mehr Wahlfreiheit für Frauen“ stellte das rheinland-pfälzische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt am 24. August einen „Bericht über Frauen im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf“ vor. Man geht in der „auch wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden“ Broschüre davon aus, daß mit steigendem beruflichem Qualifikationsniveau immer weniger Frauen aus familiären Gründen völlig aus dem Erwerbsleben ausscheiden wollen. Um aber die Nachteile für die Frau bis zum Wiedereintritt ins Berufsleben möglichst gering zu halten, strebt das Mainzer Sozialministerium zumindest langfristig die Gewährung eines *Familiengeldes* in den ersten sechs Monaten nach der Geburt eines Kindes, ferner die Einführung eines *Erziehungsgeldes* und die *Anerkennung von Erziehungszeiten* bei der für 1984 geplanten Rentenreform an. Im Rahmen eines Modellprogramms „Wiedereingliederung von Frauen in qualifizierte Berufstätigkeit“ soll weiter geklärt werden, welche Wiedereingliederungsprobleme Frauen, Familien und Betriebe für besonders schwerwiegend ansehen. Eine Reihe noch bestehender ausbildungs- und beschäftigungshemmender Frauen-Arbeitsschutzbestimmungen, die noch aus der Zeit des Nationalsozialismus stammen, sollen aufgehoben werden. Angeregt wird weiter, Ausbildungs- und Arbeitsplätze nicht mehr getrennt für Frauen und Männer auszuscheiden, da hierin eine ungerechtfertigte Vorauswahl liege. Geplant ist vom Mainzer Sozialministerium ein *Frauenförderungsprogramm*, das der Unterrepräsentation des weiblichen Geschlechts in leitenden Positionen ein Ende bereiten oder wenigstens das Ungleichgewicht verringern soll. Bisher sind in den Gruppen „Angestellte in leitender Stellung“ und „Angestellte in selbständigen Tätigkeiten in verantwortlicher Stellung“ nur ca. 6% der weiblichen Angestellten, aber 38% der männlichen Angestellten vertreten. „Damit die Benachteiligung der Frauen abgebaut und die Wahlfreiheit verbessert wird, so Minister *Rudolf Geil* bei der Vorstellung der Broschüre, „müssen in den Parlamenten, den Vorständen der Parteien, den Vorständen der Gewerkschaften und in den Medien künftig mehr Frauen vertreten sein.“

Die Herbstsitzung der Schweizer Bischofskonferenz vom 6. bis 8. September war namentlich dem Erfahrungsaustausch über den Besuch der Schweizer Bischöfe bei Papst Johannes Paul II. im Sommer und der Vorbereitung der Besprechungen mit den Amtsstellen der römischen Kurie Ende November dieses Jahres gewidmet. An der anschließenden Pressekonferenz erklärte Bischof Otmar Mäder (St. Gallen) als Präsident der Bischofskonferenz, diese Zweiteilung des Ad-limina-Besuches sei auf den Wunsch des Papstes zurückzuführen, vor dem Symposium der europäischen Bischöfe noch möglichst viele europäische Bischofskonferenzen näher kennenlernen zu können. Zudem versicherte er nachdrücklich, die *Gespräche mit Papst Johannes Paul II.* hätten in einer wirklich brüderlichen Atmosphäre stattgefunden. Dabei habe sich gezeigt, daß Papst Johannes Paul II. über die Verhältnisse in der Schweiz eingehend, in gewissen Belangen allerdings auch einseitig informiert sei, so daß es an den Bischöfen liege, ihre Sicht der Dinge und der Lage vorzutragen. In seiner Ansprache bei der Papstaudienz im Sommer hatte Bischof Mäder diesbezüglich erklärt: Leider müssen wir feststellen, daß das Leben der Kirche in der Schweiz außerhalb unseres Landes manchmal sogar in kirchlichen Kreisen so dargestellt wird, daß wir es selber kaum mehr wiedererkennen können.“ Die knappe Vorbereitungszeit habe damals nicht ausgereicht, die Audienzansprachen aufgrund der Einzelgespräche der Bischöfe mit dem Papst zu überarbeiten. So würde nun der Teil der Papstansprache, der Fragen wie *Priesterausbildung* und *Bußfeier* aufgreift, Grundlage für die bevorstehenden Gespräche mit den zuständigen Dikasterien. Damit widersprach Bischof Mäder jenen, die in der Audienzansprache des Papstes eine Maßregelung der Schweizer Bischöfe zu erkennen meinten. Was dabei gemäßregelt werden sollte, wurde vor allem aus dem Satz des Papstes herausgelesen: „Es kommen von verschiedenen Seiten, auch aus Eurem Land, immer wieder Briefe in den Vatikan, in denen tiefbesorgte Christen darüber klagen, was für willkürlichen liturgischen Experimenten sie zuweilen ausgesetzt seien, wie einseitig mitunter die Themen der Predigten in ihren Pfarreien behandelt würden, wieviel lieblose Kritik sie auch in katholischen Zeitschriften lesen oder auf theologischen Veranstaltungen hören müssen.“ Dazu erklärte Bischof Mäder, der Vatikan müsse bei solchen Briefen zwischen den Klagen und den tatsächlichen Sachverhalten unterscheiden lernen.

Der Hirtenbrief der Schweizer Bischöfe zum diesjährigen Eidgenössischen Betttag greift unter dem Titel „Der Mensch und seine Umwelt“ die Kulturkrise des auslaufenden 20. Jahrhunderts auf und zeigt an der Gestalt des Franz von Assisi Wege zu ihrer Bewältigung auf. Die Verschlechterung der Beziehungen des Menschen zu seiner Umwelt – Umweltverschmutzung, Energie- und Rohstoffverschwendung, Verlust der zwischenmenschlichen Kontakte und anderes mehr – sei ein Problem geworden, das immer zahlreichere Menschen beunruhige und das für den Glaubenden zu einem Verhalten führen müsse, das dem *echten Fortschritt* diene: „Der Mensch hat vergessen, wie lebensnotwendig die Bande sind, die ihn mit dem Schöpfer und mit der Natur verbinden. Die moderne Welt muß neu in diese doppelte Ordnung eingegliedert werden: in die Verbindung des Menschen mit der Natur als seiner Umwelt und mit Gott als seinem Schöpfer und Ziel. Nur so wird der Mensch sein Menschsein retten können und fähig werden, die gewaltigen Anstrengungen seines erfinderischen Geistes zum Guten zu wenden.“ Aus Anlaß seines 800. Geburtstages skizziert das Hirtenschreiben im zweiten Teil, wie das Leben und die *Spiritualität des Franz von Assisi* Wege aufzeigen können, den Sinn des Lebens neu zu entdecken und zu einer wahr-

haft menschlichen, christlichen Haltung der Ehrfurcht und Sorgfalt gegenüber der Umwelt sowie der Brüderlichkeit gegenüber den Mitmenschen zurückzufinden. Als konkrete Weisungen für unsere Zeit würden sich aus der franziskanischen Haltung unter anderem ergeben: „Wir sollten zunächst unsere Verbundenheit mit der Natur wieder erneuern, indem wir uns für einen einfacheren, weniger aufwendigen Lebensstil entscheiden, der nicht nur auf Konsum ausgerichtet ist ... Wir wollen haushälterisch mit den Werten umgehen, die der Schöpfer uns geschenkt hat, und dazu beitragen, daß unsere Umwelt so wenig wie möglich verschmutzt wird und zum Segen für alle gesund bleibt. Sodann wollen wir eine ehrfürchtige Beziehung zu allem herstellen, was unserer Sorge anvertraut ist ... Ganz besonders müssen wir zurückfinden zur *Achtung vor allem menschlichen Leben*: vom Kind an, das auf die Welt kommen soll, bis zum Greis, der vor dem Abschluß seines irdischen Lebens steht. Ehrfurcht haben wollen wir schließlich vor den Menschen, die uns Schwierigkeiten bereiten oder uns feindlich gesinnt sind.“ So könne der Mensch auch am Ende des 20. Jahrhunderts „einen Weg zur Hoffnung finden“.

Für neuen Zündstoff in der Friedensdiskussion im deutschen Protestantismus sorgte die Erklärung des Reformierten Bundes „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“. Die im Juni vom Moderamen des Reformierten Bundes verabschiedete und Mitte August veröffentlichte Erklärung (sie war als Vorlage für die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes erarbeitet worden) setzt sich bewußt von der Friedensdenkschrift der EKD vom vergangenen Herbst ab (vgl. HK, Dezember 1981, 603 ff.), der Zweideutigkeit, Unentschlossenheit und problematische Ausgewogenheit vorgeworfen werden. Die Erklärung beginnt mit *sieben Thesen*, die in einem zweiten Teil erläutert werden. Jede der Thesen geht von einem Aspekt des *Bekenntnisses* zu Gott und Jesus Christus aus und zieht daraus *Konsequenzen* für die Haltung der Kirche in der Friedensfrage. Gleich These I formuliert: „Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage. Durch sie ist für uns der status confessionis gegeben, weil es in der Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums geht.“ Das Bekenntnis des Glaubens zu Gott als Schöpfer und Erhalter der Welt bezeichnet die Erklärung als unvereinbar mit der Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln. Die vierte These stellt fest: „Im Gehorsam gegen den Gott des Friedens und der Gerechtigkeit wollen wir uns einsetzen für einschneidende Kürzungen der Rüstungshaushalte zugunsten der Armen. Im Vertrauen auf ihn sind wir bereit zu ersten, auch einseitigen Schritten der Abrüstung, deren politische Durchsetzung wir fordern und voranbringen wollen.“ Massenvernichtungsmittel seien keine „angemessenen und notwendigen Machtmittel“, mit denen ein Staat potentielle militärische Gegner abschrecken und im Kriegsfall bekämpfen dürfe. Die Erklärung widerspricht deutlich der Auffassung, die Lösung des Problems der angemessenen und notwendigen Machtmittel sei allein dem politischen Ermessen vorbehalten und es könne für Christen dabei keine eindeutige Entscheidung geben, die sich von ihrem Glauben her hinreichend begründen ließe. – Inzwischen hat unter anderem die *Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands Kritik an der Erklärung* geübt: Sie könne die in der Erklärung enthaltene Voraussetzung nicht teilen, daß es nur einen denkbaren politischen Weg zur Erhaltung des Friedens gebe. Ebensowenig, so heißt es, könne sie dem Aufruf zustimmen, politische Entscheidungen zu Bekenntnisfragen der Kirche zu erklären.

Vom 17. bis 27. August tagte in Ottawa die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes. Die Tagung, an der etwa 300 Delegierte aus den 147 Mitgliedskirchen des Weltbundes teilnahmen, stand unter dem *Hauptthema* „Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit“. Wichtigste Entscheidung der Generalversammlung war die mit großer Mehrheit beschlossene *Suspendierung der Mitgliedschaft* der beiden weißen reformierten Kirchen Südafrikas, der „Nederduitse Gereformeerde Kerk“ und der „Nederduitse Hervormde Kerk“. Die beiden Kirchen sollen erst dann wieder ihre volle Mitgliedschaft erhalten, wenn sie schwarze Christen nicht mehr von den Gottesdiensten, besonders vom Abendmahl, ausschließen, die Apartheid in Kirche und Politik verurteilen und die unter der Apartheid Leidenden unterstützen. In der ausführlichen Begründung wurde festgestellt, der Reformierte Weltbund habe mehrfach die Apartheid in Südafrika verurteilt und die Kirchen zur Änderung ihrer Haltung aufgefordert; diese hätten aber bisher nicht Mut gefunden, die Apartheid als Sünde und mit dem Evangelium unvereinbar zu erklären. Ein deutliches Zeichen gegen die Apartheid und deren theologische Legitimation gegen die weißen Reformierten in Südafrika setzte die Generalversammlung auch mit der Wahl des farbigen südafrikanischen Pfarrers *Allen Boesak* zum neuen *Präsidenten des Weltbundes*. Boesak gilt als einer der führenden Vertreter einer „Schwarzen Theologie“ in Südafrika. In einem Beschluß zum Thema *Friede und Gerechtigkeit*, zu dem der Reformierte Bund in der Bundesrepublik eine im deutschen Protestantismus umstrittene Vorlage eingebracht hatte, wurde festgestellt, ein gesicherter und dauerhafter Friede könne nicht durch eine Politik erreicht werden, die auf einer Abschreckungsstrategie beruhe. Die Einstellung gegenüber Massenvernichtungsmitteln müsse vom Glauben her bestimmt sein: „Es handelt sich um Bekräftigung oder Verleugnung des Evangeliums.“ Von den Regierungen wurde unter anderem die Einstellung der Herstellung, Entwicklung und Ausbreitung von Atomwaffen gefordert. Ergebnis der *theologischen Arbeit* der Generalversammlung war vor allem ein umfangreiches Papier zum Thema „*Reformiertes Zeugnis heute*“, das allen Mitgliedskirchen zum Studium unterbreitet wird. Es gibt wichtige Hinweise über theologische Akzentsetzungen des reformierten Protestantismus auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Weltsituation und der ökumenischen Bewegung und richtet kritische Rückfragen an den Umgang der Reformierten mit ihrem konfessionellen Erbe.

Ein gemeinsamer Hirtenbrief der Bischöfe von Mosambik mit dem Titel „Die christliche Familie in der Kirche von Mosambik“ wurde vom Internationalen Fidesdienst am 28. August veröffentlicht. „Aus verschiedenen Gründen“, so heißt es, sei der Inhalt erst „einige Monate“ nach der Unterzeichnung bekanntgegeben worden. Das umfangreiche Dokument erläutert die Lehre der Kirche zu diesem Thema und zeigt die positiven wie negativen Seiten afrikanischer Tradition im Hinblick auf die Familie auf. Zuerst führen die Bischöfe aus, daß das Wort „Familie“ verschiedene Bedeutungen im Lande hat: im weiteren Sinne umfaßt sie die Gemeinschaft aller nahen und entfernten Verwandten, dann die Familie als Hausgemeinschaft; letztere ist in dem Schreiben angesprochen. Im einzelnen gehen die Bischöfe auf die Lage ein, in der die Familien in Mosambik leben und stellen eine Reihe von *positiven Anzeichen* für die Förderung der Familie fest, so z. B. ein wachsendes Interesse für die Erziehung, Sinn für Gerechtigkeit sowie die langsame Überwindung von Rassismus und Überbetonung von Stamm und Region. Es werden aber auch Aspekte genannt, die den *Wert der Familie untergraben*: die wachsende Zahl von Ehescheidungen und kurzfristigen Ehen, Prostitution, sozia-

les Parasitentum, zunehmende Spekulation mit Lebensmitteln, Korruption. Besondere Gefahr drohe durch „bestimmte Arbeitsbedingungen“, mit denen eine „Isolierung durch öfteren Ortswechsel“ verbunden sei. Weitere Abschnitte sind der „Würde und Gleichstellung der Frau“ und einer „geeigneten Sexualerziehung“ gewidmet, die „verantwortungsloser Liebe“ und sexuellem Egoismus gegensteuern soll. Breiten Raum nehmen Fragen der *Familienplanung* ein. Die Bischöfe weisen auf den Mangel an ange-

messener Gesundheitsvorsorge hin, auf Mängel auch im physischen, psychologischen, wirtschaftlichen und politischen Bereich, die es den Familien nicht erlauben, eine zahlreiche und gesunde Nachkommenschaft zu haben. Sie betonen in diesem Zusammenhang, daß „das Recht und die Pflicht, über Kinderzahl und ihre Erziehung zu entscheiden, bei den Ehegatten liegt und bei sonst niemandem“, obgleich sie in dieser Angelegenheit nicht willkürlich handeln dürften.

Zeitschriftenschau

Theologie und Religion

STUHLMACHER, PETER. **Jesu vollkommenes Gesetz der Freiheit.** Zum Verständnis der Bergpredigt. In: Zeitschrift für Theologie und Kirche Jhg. 79 Heft 3 (September 1982) S. 283–322.

Der Aufsatz des Tübinger Neutestamentlers ist ein wichtiger Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion über die Relevanz der Bergpredigt für das christliche Handeln. Im exegetischen Teil kommt er zum Ergebnis: „Die Bergpredigt ist eine auf alter Tradition beruhende katechetische Redekomposition des Matthäus, die beispielhaft Jesu Lehre von der neuen Gerechtigkeit darstellen soll.“ Ein Durchgang durch die Auslegungsgeschichte zeigt, daß gegenwärtig alle wichtigen Interpretationsmodelle von der kompromißlosen altkirchlichen Deutung über die Zweistufenethik bis zur Trennung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik nebeneinander vertreten werden. Stuhlmacher plädiert für ein heutiges Verständnis der Bergpredigt, das sich an dem von Jesus und vom Evangelisten Matthäus vorgezeichneten Verstehensmodell orientiert: „Jesu in der Bergpredigt zusammengefaßtes vollkommenes Gesetz der Freiheit ist ein Aufruf zur praktischen Nachfolge und zur Tat der Liebe.“ Allerdings gelte weiter der Unterschied zwischen der Beherzigung der Bergpredigt vor Gott und der Gemeinde und der Praxis der Gebote Jesu unter den Bedingungen der uns umgebenden sozialen und politischen Welt. Der Aufsatz exemplifiziert seine Grundthese an den vier Bereichen Sündenvergebung, Armut und Besitz, Ehe und Ehescheidung und Feindesliebe und Gewaltverzicht. So folgte aus Jesu Selbpreisung der Armen der Auftrag zu einer missionarisch motivierten Erziehung zur Anspruchsminderung und zum Besitzverzicht zugunsten der Armen und Ausgebeuteten in der Welt.

KASPER, WALTER. **Christologie und Anthropologie.** In: Theologische Quartalschrift Jhg. 162 Heft 3 (1982) S. 202–221.

Das Verhältnis von Christologie und Anthropologie läßt sich sowohl formal-hermeneutisch wie inhaltlich angehen. Für den erstgenannten Aspekt greift Kasper auf die von der Theologie grundsätzlich rezipierte anthropologische Wende des neuzeitlichen Denkens zurück und kommt zu einer dreifachen Relation zwischen den theologischen Aussagen über den Menschen und über Je-

sus Christus: Christologie setzt den Menschen als „freies, zum Hören und zur Antwort fähiges Subjekt“ voraus, sie setzt ihn aber als offenes und steigerungsfähiges Wesen voraus, der damit auf Gott angewiesen ist; die christologische Bestimmung des Menschen ist zugleich die Krise seiner Selbstbestimmung als Sünder. Die materiale Verhältnisbestimmung gewinnt Kasper aus dem traditionellen Schema der drei Ämter Christi. Das Prophetenamt Jesu Christi bedeutet, daß in ihm die menschliche Urfrage nach der Wahrheit beantwortet wird. Sein priesterliches Amt verweist auf die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen, die wieder neu herausgestellt werden sollte. Das Hirtenamt schließlich greift die Hoffnung der Menschheit auf ein Reich des Friedens und der Gerechtigkeit auf: „In Jesus Christus wird gleichsam wie im Bild und im Gleichnis sichtbar, was Freiheit, Gerechtigkeit, Friede sind.“

Kultur und Gesellschaft

KÜNNETH, WALTER. **Die Ideologie des Pazifismus – eine Staatsgefährdung?** In: Zeitschrift für Politik Jhg. 29. Heft 3 (August 1982) S. 282–294.

Aus der Perspektive des Autors sind die Ausstrahlungen der in der Friedensbewegung konzentrierten Forderungen in ihrer politischen Dimension nicht zu unterschätzen, und er versucht, „wesentliche Gefahrenquellen“ aufzuzeigen. So erwecke z. B. die „Überflutung mit Friedensparolen“ in der breiten Öffentlichkeit nicht nur das Empfinden einer allgemeinen politischen Friedensgefährdung, sondern auch die Auffassung, „daß dieser leidenschaftliche Friedensappell sich durchaus in Einklang mit dem staatspolitischen Grundwert des Friedens befindet“. Weiter gehöre die „Friedensbewegung“ zur Vorhut und Wegbereitung für die Realisierung der „Utopie des Weltfriedens“; dieser habe jedoch „mit der christlichen Botschaft des ‚Gottes- und Christusfriedens‘ nichts gemein“. In der Konsequenz dieser „illusorischen Weltdeutung“ liege die innere Distanzierung der Staatsgebundenheit sowie die Fehleinschätzung einer politischen Machtordnung, sie trage außerdem „den Keim der Zersetzung politischer Machtübung“ in sich. Weitere negative politische Auswirkungen erkennt der Autor in den „peinlichen“ anti-amerikanischen Tendenzen und der „zunehmenden Lähmung des Wehr- und Verteidigungswillens“; für die Position der Bundesrepublik in der Weltpolitik, so Künneth, hätte eine noch weitere Ausbreitung der Friedensideologie „katastrophale Folgen“.

URFF, WINFRIED VON. **Ansatzpunkte zur Verbesserung der Ernährungssituation in der Dritten Welt.** In: Universitas Jhg. 37 Heft 8 (August 1982) S. 843–849.

Zwar wird der Nahrungsmittelhilfe von außen für die Entwicklungsländer auch in Zukunft eine wichtige Bedeutung zukommen. Die bisherigen Erfahrungen hätten auch, so Urff, gezeigt, daß mit der Gewährung von Nahrungsmittelhilfe in akuten Notsituationen die Gefahr negativer Auswirkungen auf die Inlandsproduktion geringer sei, als häufig vermutet. Dennoch könne die wichtigste Ursache für Mangelernährung in Entwicklungsländern, für die der Autor „die Beschränkung des Zugangs zu produktiven Ressourcen“ verantwortlich macht, nur durch Agrarreformen beseitigt werden. Ohne eine Erhöhung der Erträge je Flächeneinheit und eine weitere Steigerung der Bewirtschaftungsintensität sei das Ernährungsproblem nicht zu lösen. Vor allem eine umfassende Reform des Pachtrechts, die für geordnete und dauerhafte Rechtsverhältnisse Sorge, sei in diesem Zusammenhang unerlässlich; erforderlich sei aber auch eine effizientere Nutzung der Produktionsflächen. Für eine Ausnutzung des Produktionspotentials müsse die Preispolitik so eingesetzt werden, daß sie Anreize für die Produktion biete. Eine Lösung des Ernährungsproblems in den Entwicklungsländern werde den Industrieländern aber auch „mehr Opfer abverlangen, als sie bisher für diese Aufgabe erbracht haben“.

Kirche und Ökumene

KIRCHMAYR, ALFRED. **Zur psychischen Situation von Theologiestudenten.** In: Dialektikon Jhg. 13 Heft 5 (September 1982) S. 337–346.

Der Beitrag informiert über die psychische Situation von Laientheologen, deren Belastbarkeit nicht zuletzt insofern von Interesse ist, als sie in der Regel ihr Berufsfeld im kirchlich-pastoralen oder religionspädagogischen Dienst finden. Anhand von zwei einander ergänzenden und korrigierenden Testreihen kommt der Autor zu einigen signifikanten Abweichungen der Theologiestudenten im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt. So stellt er z. B. ein „geringes Ausmaß an spontaner Aggressivität“ fest, d. h., direkte Aggressionsäußerungen in Wort und Tat sind selten bzw. können nicht offen geäußert werden. „Extrem niedrig“ sind die Werte für reaktive Aggression bzw. Dominanzstreben und Durchsetzung